

DEUTSCHER APOTHEKERTAG 2018 – MÜNCHEN

Hauptversammlung der deutschen Apothekerinnen und Apotheker

Antragsteller:	Berliner Apotheker-Verein Apotheker-Verband Berlin (BAV) e.V.
Antragsgegenstand:	Kapitalisierung des Gesundheitswesens in Deutschland stoppen
Eingangsdatum:	14. August 2018

Antrag

Die Hauptversammlung der deutschen Apothekerinnen und Apotheker fordert den Gesetzgeber auf, sämtliche Maßnahmen zu unterbinden bzw. einzustellen, die auf eine weitere Kapitalisierung des Gesundheitswesens in Deutschland gerichtet sind. Darüber hinaus sind bereits bestehende Kapitalstrukturen zu analysieren und ggf. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um bereits vollzogene Privatisierungen von Einrichtungen des Gesundheitswesens in das Gemeinwesen zurückzuführen.

Begründung

Der überwiegende Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leistet gemeinsam mit den Arbeitgebern durch Beiträge und Steuern einen maßgeblichen Beitrag zur Finanzierung des Gesundheitswesens in Deutschland. Internationale Kapitalgeber drängen in zunehmendem Maße in das deutsche Gesundheitswesen. Nach zahlreichen Privatisierungen und einem rasanten Konzentrationsprozess im Bereich der Krankenhäuser spielen in- und ausländische Investoren mittlerweile auch eine bedeutende Rolle im Bereich der Pflegeeinrichtungen. Damit befinden sich bereits wesentliche Bereiche der Gesundheitsversorgung in Händen von Unternehmen, deren ausschließliche Zielsetzung darin besteht, größtmögliche Gewinne zu generieren. Im Bereich der Pflege sind die daraus resultierenden negativen Folgen bereits derart spürbar, dass der Gesetzgeber sich nunmehr gezwungen sieht, einzugreifen, um weitere Fehlentwicklungen zu vermeiden. Die Gesundheitsversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge. Insoweit kommt dem Gesetzgeber in diesem Bereich die besondere Aufgabe zu, mit geeigneten Rahmenbedingungen eine nicht zuletzt am Gemeinwohl orientierte Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Dieser Aufgabe sind die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker in den vergangenen Jahren nicht in dem erforderlichen Umfang nachgekommen. Gesundheitsversorgung ist mehr und mehr zur Ware verkommen, was sich auch in den immer häufiger verwendeten Begriffen „Gesundheitsmarkt“ und „Gesundheitswirtschaft“ widerspiegelt. Diesen Ausverkauf gilt es nunmehr zu stoppen, um das solidarische Gesundheitswesen, das von großen Teilen der Bevölkerung finanziert wird und von dem große Teile der Bevölkerung profitieren, auch für kommende Generationen zu erhalten. Dass ein ausschließlich wettbewerblich organisierter „Gesundheitsmarkt“ nicht geeignet ist, um für alle Menschen den Zugang zu notwendiger medizinischer Versorgung sicherzustellen, belegt u.a. die Situation in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Hinweis:

Dieser Antrag des BAV-Vorstandes wird auf dem DAT unter dem Themenkreis „Rahmenbedingungen der Berufsausübung“ als Drucksache 4.1.5 diskutiert werden.
Die Unterstreichungen in der Begründung weisen auf unser Ziel hin, den Ausverkauf unseres Gesundheitswesens an „internationale Player“ zu unterbinden.